



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS 136

Berlin, 27. Juli 2017

BZP - Deutscher Taxi- und Mietwagenverband e.V.

Frage 1:

Wird Ihre Partei an Betriebspflicht, Beförderungspflicht und Tarifpflicht festhalten, um die Verlässlichkeit der Personenbeförderung zu erhalten?

Antwort:

Der SPD ist die Verlässlichkeit wichtig. Ja, wir möchten diese drei Säulen auch weiterhin gewahrt wissen. Taxis sind Teil des öffentlichen Personennahverkehrs und erfüllen damit einen Beitrag zur Daseinsvorsorge. Daher sehen wir auch das Taximarkt-Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesverkehrsministeriums kritisch, laut welchem mit einem flexiblen Preismechanismus auf Angebot- und Nachfrageschwankungen reagiert und die Preise entsprechend zeitnah angepasst werden sollen. Damit zielt der Beirat zudem auf die Aufhebung der Beförderungspflicht, was wir nicht gutheißen können.

Frage 2:

Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Umstellung auf Elektro-Taxis zu fördern?

Antwort:

Wir wollen die Anschaffung von Taxis mit alternativen Antrieben fördern. Dies hilft dabei, die Umweltbelastung in den Innenstädten zu reduzieren und die Menschen spürbar vor Lärm, Schadstoffen und Umweltgiften zu schützen. Wichtig ist daneben der Ausbau der Ladeinfrastruktur in Stadt und Land, welchen wir weiter fördern werden. Batterieelektrische Mobilität, Brennstoffzellenantriebe und andere emissionsarme Antriebstechnologien wollen wir am Wirtschaftsstandort Deutschland weiter bei Forschung und Entwicklung stärken.

Frage 3:

Wird Ihre Partei Taxi-Sharing durch klare Regeln im Personenbeförderungsgesetz zum Durchbruch verhelfen?

Antwort:

Dies ist aus unserer Sicht ein interessanter Ansatz, eine klare Benennung im Personenbeförderungsgesetz durchaus vorstellbar. Wichtig wird es sein, zuvor die Ergebnisse der bestehenden Modellprojekte umfassend auszuwerten.

Frage 4:

Was wird ihre Partei tun, um die mittelständisch organisierte Taxi-Branche vor Preisdumping und unfairer Konkurrenz zu schützen?

Antwort:

In vielen Branchen fordern sog. „Sharing-Plattformen“ etablierte Marktteilnehmer heraus, wie es die Beispiele von „Uber“ im Taxigewerbe oder „Airbnb“ in der Unterakunftsbranche zeigen. Die neuen Geschäftsmodelle müssen nicht unbedingt und immer als Gefahr für traditionelle Unternehmen gesehen werden. Jedoch zeigen sich insbesondere in Bezug auf sozialpolitische Fragestellungen eine Reihe von Risiken. Deshalb muss die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit die Share Economy möglichst vielen Menschen zugutekommt, ohne etablierte Branchen zu gefährden. Regelungen, die dem Schutz des öffentlichen Interesses dienen, wie etwa dem Verbraucher-, Arbeits- und Gesundheitsschutz, müssen beachtet werden und im Interesse eines fairen Wettbewerbs genauso auf neue Anbieter übertragen werden. Dies gilt auch für Regelungen der sozialen Sicherheit und der Vergütung.

Frage 5:

Wird Ihre Partei die klare Trennung zwischen Taxi- und Mietwagenverkehr erhalten?

Antwort:

Wir sehen derzeit auch weiterhin eine klare Trennung zwischen Taxi- und Mietwagenverkehr als geboten an. Die Rückkehrpflicht könnte aber zumindest modifiziert werden.

Frage 6:

Wird sich Ihre Partei für die Einführung von Entgeltgrenzen für Mitfahrgelegenheiten einsetzen?

Antwort:

Die Einführung einer Entgeltgrenze für Mitfahrgelegenheiten könnte durchaus zielführend sein und ist aus unserer Sicht zu prüfen.